

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2020
(10. Wahlperiode)

Tagessordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Errichtung einer 6-gruppigen Kindertagesstätte an der Lötterfelder Straße Vorlage: SIM/1102/2020	4
3 Kindertagesstätten-Bedarfsplanung 2020/2021 Vorlage: FB2/1101/2020	5
3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Terminierung einer Sondersitzung zur Kitabedarfsplanung 2020	7
4 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/1100/2020	8
5 BuT - Schulsozialarbeit; aktueller Stand Vorlage: FB2/0376/2020	8
6 Informationen aus der Jugendarbeit Vorlage: FB2/0374/2020	8
7 Anträge	9
8 Anfragen	9
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
10 Termin der nächsten Sitzung: 12. Mai 2020	9
11 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Jörg Wartchow

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Lerch bis
18.40 Uhr/TOP 5

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Morice-Constantin Ippers Sachkundiger Bürger

Vertretung für Frau Monika Driesel

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen Sachkundiger Bürger

Frau Sigrid Brennecke NABU

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Engel Polizeibehörde

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Frau Uta Rothfuchs Jugendamtselternbeirat

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service

Immobilien

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied	vertreten durch Frau Renate Kox bis 18.40 Uhr/TOP5
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	vertreten durch Frau Marlis Docktor

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Monika Driesel	Sachkundige Bürgerin	vertreten durch Herrn Morice- Constantin Ippers
---------------------	----------------------	--

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Brigitte Scheer	Freie Vereinigungen
----------------------	---------------------

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Dr. Andreas Drexler	Jugendverbände
Herr Markus Lange	BDKJ

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann	Untere Schulaufsichtsbehörde
Herr Hans-Jürgen Barbarino	Stadtjugendring
Herr Markus Demuth	Katholische Kirchengemeinde
Frau Ingrid Maas	Integrationsrat
Herr Peter Schmitz	Agentur für Arbeit
Herr Ulrich Steeger	Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie verweist auf den nachgereichten Antrag der SPD-Fraktion zur Kindertagesstättenbedarfsplanung. Es besteht Einvernehmen, den Antrag in Zusammenhang mit TOP 3 zu behandeln. Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sodann wird die neue Vorsitzende des Jugendamtselternbeirates Uta Rothfuchs als beratendes Mitglied in ihr Amt eingeführt und mit Unterzeichnung der Verpflichtungsurkunde zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Errichtung einer 6-gruppigen Kindertagesstätte an der Lötterfelder Straße Vorlage: SIM/1102/2020

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vorgelegten Vorentwurfsplanung zur Errichtung einer 6-gruppigen Kindertagesstätte an der Lötterfelder Straße zu. Die Verwaltung wird beauftragt die Entwurfsplanung zu erarbeiten. Die Entwurfsplanung ist dem Ausschuss nach Fertigstellung erneut vorzulegen.

Der Bau- und Umweltausschuss schließt sich dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses an und beauftragt die Verwaltung, das Projekt schlüsselfertig in Holzrahmenbauweise auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bereichsleiter Service Immobilien Claus Klein stellt die Vorentwurfsplanung vor. Ziel sei die frühzeitige Einbindung des Ausschusses in den Planungsprozess, auch um mit dem Beschluss des JHA und des Bau- und Umweltausschusses schnellstmöglich die Ausschreibung zur schlüsselfertigen Erstellung der 6-gruppigen Kindertageseinrichtung in Büderich vornehmen zu können. Bekanntermaßen bestehe insbesondere in Büderich ein enormer Zeitdruck hinsichtlich der Schaffung neuer Betreuungsplätze, erschwert durch die sehr eingeschränkte Auswahl an bebaubaren Grundstücken insbesondere auch aufgrund der bestehenden Lärmschutzzonen. Faktisch sei das Grundstück an der Gesamtschule im Büdericher Süden derzeit die einzige bebaubare Fläche, bei der die Stadt handlungsfähig sei. Die zweigeschossige Bauweise sehe 6 Gruppen vor, alle U3-fähig und unter Berücksichtigung der Vorgaben zur Barrierefreiheit. Die gesamte mögliche Baufläche sei bei der Planung ausgenutzt worden. Noch nicht abschließend geklärt sei die Umsetzung zur Erhöhung der Zahl der Stellplätze von derzeit 75 auf künftig 104 Plätze. Hier gebe es noch Verhandlungen zum Erwerb angrenzender Grundstücke. Der notwendige Schulbusverkehr sei jedoch in bisheriger Form gewährleistet. Für die Errichtung der Kita seien im Haushalt insgesamt 4,3 Mio. € veranschlagt, davon 3,4 Mio. € für den Bau. Der Restbetrag sei für den Ausbau der Außenanlagen vorgesehen sowie der Stellplätze, wobei hier zunächst die endgültige Umsetzung abzuwarten sei.

Ratsfrau Kox hebt positiv hervor, dass es der Stadt nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Ev. Kirchengemeinde in Büderich in so kurzer Zeit gelungen sei, eine alternative Planung zu erstellen und stimmt der Entwurfsplanung zu.

Ratsherr Jörgens schließt sich an, bittet aber um ergänzende Informationen zur Parkplatzsituation. Bereichsleiter Klein versichert, dass es Ziel sei, mehr Stellplätze als heute vorhanden zu schaffen. Sollte keine Einigung hinsichtlich des angrenzenden Grundstückes erzielt werden können, würden Alternativen geprüft, z.B. der Bau einer Tiefgarage. Das angrenzende Grundstück betreffe auch die Planung des Außengeländes, das aber bereits jetzt mit 1.905 qm interessant gestaltet werden könne.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen versichert Erster Beigeordneter Maatz, dass die benachbarte Gesamtschule selbstverständlich an allen Planungsschritten beteiligt sei, um eigene Interessenlagen einbringen zu können. Es sei immer das Bestreben der Verwaltung, unter den gegebenen Umständen und Abwägung aller Anforderungen das beste Ergebnis für alle Beteiligte zu erreichen.

Ratsherr Jörgens bittet abschließend um Überprüfung des Beschlussvorschlages, um das Beschlussrecht des Bau- und Umweltausschusses nicht zu beschränken.

Erster Beigeordneter sieht diese Beschränkung nicht und verweist auf das eigene Änderungsrecht des Bau- und Umweltausschusses.

Sodann wird der vorgestellten Vorentwurfsplanung einvernehmlich zugestimmt.

3 Kindertagesstätten-Bedarfsplanung 2020/2021 Vorlage: FB2/1101/2020

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende einrichtungsscharfe Planung für die Versorgung im Kita-Jahr 2020/2021 und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Kindpauschalen sowie 260 Kindertagespflegepauschalen zum 15.03.2020 zu beantragen.
2. In Abweichung zu den hier vorgelegten Planungen kann es bis zum verbindlichen Stichtag für die Meldung der Platzbelegungen an das Land Nordrhein-Westfalen am 15.03.2020 zu leichten Veränderungen kommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung und den Trägern, über diese Veränderungen zu entscheiden.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Realisierung individueller Rechtsansprüche ggf. erforderliche weitere Plätze im Kita-Jahr 2020/2021 durch Übergangslösungen zu schaffen und diese im Rahmen der Endabrechnung nach dem Kinderbildungsgesetz im Nachhinein mit dem Land abzurechnen.
4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt darüber hinaus die Meldung nach § 47 Kinderbildungsgesetz n. F. (d. h. in der Fassung ab 01.08.2020) für insgesamt 27 gesetzlich geförderte Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet sowie 68 im Stadtgebiet tätige Tagespflegepersonen zur Geltendmachung der Landesförderung für die Fachberatung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Einleitend erläutert Ratsherr Neuhausen den am Sitzungstag eingereichten Antrag der SPD-Fraktion auf eine Sondersitzung des JHA, um die Kindertagesstättenbedarfsplanung und das Meldeverfahren anhand des Kita-Navigators nochmals ausführlich und ohne zeitliche Begrenzung beraten zu können. Dies sei ausdrücklich nicht als Kritik an die Verwaltung gerichtet, dennoch werde das bisherige

Verfahren insgesamt als verbesserungswürdig angesehen. Es besteht Einvernehmen, über den Antrag im Anschluss an TOP 3 zu beraten.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert sodann die wesentlichen Aussagen der Vorlage. Im Ergebnis werde auch in diesem Jahr eine Planung vorgelegt, die die Bedarfe ab 01.08.2020 zumindest im Ü3-Bereich erfüllen werde. Das in der Planung im September 2019 noch dargestellte Defizit von 44 Ü3-Plätzen sei gedeckt, wenn auch nochmals mit Überbelegungen und Provisorien als Folge der gescheiterten Verhandlungen mit der Ev. Kirchengemeinde Buderich. Erfreulich sei, dass alle 24 Integrationskinder versorgt seien, natürlich mit der Folge, dass jeweils 2 bis 3 Plätze in regulären Gruppen nicht belegt werden könnten. Insgesamt handele es sich um ein gutes Angebot, die Zielerreichungsquoten lägen für U3 bei 44% (Zielquote 52%), für 1- und 2-Jährige bei 66% (Zielquote 72,5%) und für U3 bei 97,6% (Zielquote 98%).

Ratsherr Neuhausen begrüßt den Bedarfsdeckungsgrad Ü3, gibt aber zu bedenken, dass insbesondere im U3-Bereich eine Erhöhung der Zielquoten zu prüfen sei, um die voraussichtlich weiter steigenden Bedarfe zukünftig decken zu können.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass theoretisch 13 Ü3-Gruppen in U3-Gruppen umgewandelt werden könnten, dann jedoch der Ü3-Bedarf nicht mehr gedeckt werden könnte. Daher bedürfe es der Umsetzung aller im Haushalt beschlossenen Ausbaumaßnahmen, um die im September 2019 beschlossenen Zielquoten zu erreichen.

Auf Nachfrage von beratendem Mitglied Rothfuchs zur ausreichenden Personalausstattung der neuen Einrichtungen erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass entsprechende Befürchtungen die Umsetzung der Baumaßnahmen nicht verzögern dürften. Klar sei aber auch, dass sich fehlendes Personal auf den Gruppenbetrieb auswirke. Aufgrund der Überbelegungen und der Provisorien sei jedoch bereits Personal vorhanden, das zu gegebener Zeit umgesetzt werden könne. Im Übrigen sei die Verwaltung über zusätzliche Möglichkeiten der Personalrekrutierung im Gespräch. Bedauerlich sei in diesem Zusammenhang, dass das KiBiz weiterhin keine Öffnung für andere qualifizierbare Berufsgruppen vorsehe.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Glasmacher hinsichtlich der Gewinnung zusätzlicher Tagespflegepersonen weist Erster Beigeordneter Maatz auf die im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen erteilten Prüfaufträge zur Schaffung weiterer Anreize hin. In der nächsten Sitzung werde das Thema behandelt.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass die Mietförderung für Tagespflege bereits verbessert worden sei und aktuell 2 neue Großtagespflegen ihren Betrieb aufgenommen hätten. Zudem gehöre es zum normalen Kreislauf, wenn langjährige Tagespflegepersonen die Anzahl der Kinder reduzierten oder auch die Tätigkeit gänzlich aufgäben.

Ratsherr Jörgens stellt die Frage, ob mit den bekannten Neubauten über die Kompensation der Überbelegungen und der Provisorien hinaus überhaupt ausreichende Plätze auch für die kommenden 5 bis 6 Jahre geschaffen würden.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass nach dem derzeitigen Planungsstand im Vergleich zu Stand September 2019 im gesamten Stadtgebiet sogar 6 zusätzliche Gruppen geschaffen würden. Sobald alle Gruppen in Betrieb seien, könnten die Bedarfe flexibler gedeckt werden.

Erster Beigeordneter Maatz weist ergänzend darauf hin, dass die Bedarfsdeckungsquoten für das Jahr 2025 beschlossen seien, so dass aktuell noch nicht alle Ziele erreicht sein könnten. Trotz der angespannten Marktlage auch im Baubereich würden alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, um die Maßnahmen zeitnah realisieren zu können.

Abschließend erfolgt die einvernehmliche Zustimmung zum vorgestellten Kindertagesstättenbedarfsplan.

3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Terminierung einer Sondersitzung zur Kitabedarfsplanung 2020

Im Anschluss an TOP 3 wird über den Antrag der SPD-Fraktion auf eine Sondersitzung zur Kindertagesstättenbedarfsplanung und das Meldeverfahren anhand des Kita-Navigators beraten.

Erster Beigeordneter Maatz führt eingangs aus, dass es zunächst ungeachtet der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse allgemeine Übung sei, eine einvernehmliche Entscheidung herbeizuführen. Angesichts der bezeichneten Themen und der unter TOP 3 bereits geführten Diskussion stelle sich aber die Frage, welche zusätzlichen Informationen und Daten für eine substanzielle Sitzung erwartet würden, zumal alle zum Stichtag beschriebenen und bewerteten Grundlagen bereits vorlägen. Auch die Erwartungen an eine erweiterte Diskussion zum Fachkräftemangel seien begrenzt; wenn neue Ansätze bekannt seien, wären diese bereits umgesetzt. Und bekanntermaßen gebe es natürlich Alternativen zum Kita-Navigator; Vergleiche der verschiedenen Verfahren führten immer zur Feststellung von Vor- und Nachteilen der jeweiligen Verfahren.

Ratsfrau Kox unterstreicht die Wichtigkeit der angesprochenen Themen, die jedoch ohnehin in jeder Sitzung behandelt würden. Einzig zum Kita-Navigator sehe sie noch Informationsbedarf und schlage daher vor, in einer der nächsten Sitzungen eine Darstellung der Verfahren mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen vorzulegen.

Ratsherr Fliege unterstützt den Antrag auf Sondersitzung ausdrücklich. Hier könne auch das Gesamtbild für eine Neuberechnung der Versorgungsquoten thematisiert werden. Der Bedarf sollte ausführlich ohne Zeitdruck diskutiert werden können; ebenso mögliche Anreize für das Personal in städtischen Einrichtungen.

Ratsherr Eimer beklagt, dass Planung und Beschlüsse der Realität immer nachfolgten; Ziel sollte eigentlich eine zukunftsorientierte Planung sein. Auch hinsichtlich des Kita-Navigators sehe er Informations- und Gesprächsbedarf. Gleichzeitig rege er eine gemeinsame Fachkräfteinitiative aller Träger von Kindertageseinrichtungen in Meerbusch an. All diese Themen sollten ohne Zeitdruck in einer Sondersitzung besprochen werden.

Ratsherr Jörgens unterstützt die thematische Diskussion, sieht jedoch keine Notwendigkeit einer Sondersitzung.

Erster Beigeordneter Maatz schlägt abschließend vor, die angesprochenen Themen in den vorhandenen Sitzungsterminen zu verorten, insbesondere die Vorstellung des Kita-Navigators des kommunalen Rechenzentrums, soweit möglich im Vergleich mit Verfahren benachbarter Kommunen.

Im Übrigen rege er als Sitzungsort für eine der nächsten Sitzungen die neue Kita „Glückskinder“ des OBV an.

Ratsherr Neuhausen kann sich dem Vorschlag anschließen. Die angesprochenen Themen sollen in der Sitzung am 25.08.2020 mit entsprechender Vorbereitung der Verwaltung intensiv behandelt werden. Sodann zieht er den Antrag zurück.

- 4 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich**
Vorlage: FB2/1100/2020

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport empfehlen dem Rat der Stadt Meerbusch, die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Tagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden III. Änderungssatzung (Anlage 1) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt nach Vorlage ohne weitere Beratung.

- 5 BuT - Schulsozialarbeit; aktueller Stand**
Vorlage: FB2/0376/2020

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6 Informationen aus der Jugendarbeit**
Vorlage: FB2/0374/2020

Fachbereichsleiter Annacker verweist auf die wiederholt erfolgten Beratungen zur Jugendarbeit in Meerbusch; mit der Informationsvorlage solle der aktuelle Stand der Aktivitäten dargestellt werden.

Auf Nachfrage von sachkundigem Bürger Ippers hinsichtlich der geringen Kooperation mit den Schulen erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass die Schulen bedingt durch wiederholte Änderungen im Schulrecht mit entsprechendem Anpassungsdruck und auch dort gegebenem Personalmangel zwar grundsätzlich zur Kooperation bereit seien, in der Praxis jedoch inneren Schulangelegenheiten der Vorrang eingeräumt werde.

Ratsherr Jörgens macht deutlich, dass es Ziel der FDP sei, nun die Bildung eines Jugendparlamentes auf den Weg zu bringen, auch gerade weil die Institution Schule hier nicht funktioniere. Die Jugendhilfe müsse die politische Bildung dann selber in die Hand nehmen.

Ratsherr Neuhausen unterstützt die Ausführungen und die Idee des Jugendparlamentes. Im Übrigen bittet er um Auskunft zur Belegung der Jugendarbeit in Büberich insbesondere im Zusammenhang mit der angekündigten Schließung der OASE.

Fachbereichsleiter Annacker weist darauf hin, dass der neu zu bildende JHA nach der Kommunalwahl über den Kinder- und Jugendförderplan 2021–2025 zu beschließen habe. Beabsichtigt sei, mögliche Entwicklungen noch in der Sitzung am 25.08.2020 vorzustellen. Klar sei aber, dass in Büberich ausschließlich mobile Jugendarbeit nicht ausreiche. Es bedürfe zudem Räumlichkeiten, die aber unter Berücksichtigung der dortigen Bedarfe flexibler nutzbar sein sollten. Auf weitere Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen macht Fachbereichsleiter Annacker deutlich, dass

die Kapazitäten des mobilen Jugendsozialarbeiters bereits ausgeschöpft seien und kein Raum für zusätzliche Aufgaben bestehe.

Erster Beigeordneter Maatz betont nochmals, dass die Zukunft der Jugendarbeit gesamtstädtisch und auch in Buderich insbesondere auch Thema des neuen JHA sein werde und daher von Sommer 2020 bis Frühjahr 2021 Beratungsmöglichkeit bestehen sollte, ohne einem Beschluss vorzugreifen. Die Einrichtung eines Jugendparlamentes werde im Übrigen bereits seit Jahrzehnten diskutiert. Fakt sei jedoch, dass Jugendliche keine Institutionen bräuchten, jedoch wissen wollten, wie Ziele erreicht werden könnten. Er sehe es positiv, wenn die Interessenlagen von Jugendlichen im Rahmen eines Jugendforums bearbeitet würden; Interesse an den Abläufen in der Politik und ihren Institutionen bestünde indes wenig.

Abschließend nimmt der Ausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis

7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse liegt der Einladung bei.

10 Termin der nächsten Sitzung: 12. Mai 2020

11 Verschiedenes

Ratsherr Eimer weist auf das Projekt „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ der AWO Rhein-Kreis Neuss e.V. hin.

Erster Beigeordneter Maatz wird klären, ob und ggf. wo eine Präsentation des Projektes möglich ist.

Meerbusch, den 16. März 2020

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in